

VERNÜNFTIGE ENERGIEPOLITIK

Energiepolitik ist dann vernünftig, wenn sie zu einer umweltschonenden, zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung führt. Die Energiewende ist das genaue Gegenbeispiel dazu: Das System des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hat die Energieversorgung in Deutschland teuer, unberechenbar und kaum klimaschonender gemacht. Deshalb wollen wir einen Neustart für die Energiewende.

EEG abschaffen und den Energiemix der Zukunft gestalten

Erneuerbare Energien sind ein wichtiges Element im Energiemix der Zukunft. Sie haben auf dem deutschen Strommarkt bereits einen Anteil von rund 30 Prozent. Damit ist das Ziel des EEG, die Markteinführung erneuerbarer Energien zu erreichen, längst umgesetzt. Die meisten Anlagen können an geeigneten Standorten heute bereits ohne Subventionen betrieben werden. Auch für diese müssen in Zukunft die Regeln des Marktes mit allen Chancen und Risiken gelten. Deshalb wollen wir das EEG abschaffen. Nachhaltige und subventionsfreie Geschäftsmodelle lassen sich nur im technologieneutralen Wettbewerb unter marktwirtschaftlichen Bedingungen durchsetzen. Das macht die Energieversorgung effizienter und vor allem günstiger für die Verbraucherinnen und Verbraucher.

Vollendung des europäischen Energiebinnenmarktes

Bei der Energiewende in ihrer jetzigen Ausgestaltung hat Deutschland sich verrannt. Das liegt auch daran, dass Deutschland isoliert handelt anstatt europäisch zu denken. Deshalb wollen wir die Energiewende zu einem gesamteuropäischen Projekt machen. Im Zentrum sollen Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltschutz stehen. Dazu müssen die Liberalisierung des Energiebinnenmarktes abgeschlossen und der transeuropäische Netzausbau gestärkt werden. Strom soll dort produziert werden, wo die Standortbedingungen die geringsten Kosten erlauben. Das ist umso einfacher und Energie umso günstiger, je mehr Staaten zusammenarbeiten.

Wirtschaftlich tragfähiger Ausbau der Stromnetze

Der notwendige Ausbau von Stromnetzen soll die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und auch der Unternehmen an hoher Versorgungssicherheit und niedrigen Strompreisen berücksichtigen. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie und dem rasanten Ausbau der erneuerbaren Energieträger hat sich die Belastung der Stromnetze erheblich erhöht. Wird jetzt nicht gehandelt, steigen die Kosten der Energiewende weiter. Für das bestehende Angebot an erneuerbaren Energien müssen Netzengpässe vor allem durch neue Leitungen und verbesserte Technologien (zum Beispiel Digitalisierung) beseitigt werden. Um künftig steigende Kosten zu vermeiden, müssen erneuerbare Energien verbrauchs- und bedarfsgerecht in den Markt integriert werden. Das jetzige System der Netzfinanzierung wollen wir reformieren, damit Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen endlich entlastet werden.

Stromsteuer senken

Strom ist in Deutschland teuer. Die Stromsteuer macht einen erheblichen Anteil des Strompreises aus. Deshalb wollen wir die Stromverbraucherinnen und -verbraucher entlasten und die Stromsteuer auf das europäische Mindestniveau absenken. Die Stromsteuer sollte das Klima schützen und die Rente finanzieren. Beides hat sich als Illusion erwiesen. Denn Stromeinsparungen durch hohe Strompreise bewirken unter den Bedingungen des europäischen Emissionshandels keine Treibhausgasminderungen und für eine nachhaltige Finanzierung der Rente ist eine vernünftige Rentenreform nötig, kein Stopfen der Finanzierungslöcher durch die Stromsteuer.

Windkraftanlagen brauchen öffentliche Akzeptanz

Der Ausbau der erneuerbaren Energieträger sollte mit und nicht gegen die Menschen erfolgen. Vor allem die Energieerzeugung durch Windkraftanlagen stößt aber bei immer mehr Menschen auf Widerstand, weil damit oftmals eine drastische Einschränkung der Lebensqualität für die Anwohnerinnen und Anwohner sowie massive Eingriffe in die Natur und das Landschaftsbild verbunden sind. Deshalb wollen wir die gesetzlichen Mindestanforderungen an die Errichtung solcher Anlagen so ändern, dass bei zunehmender Größe von Windkraftanlagen und einer damit verbundenen stärkeren Belastung auch der Abstand zum Beispiel zur nächsten Wohnbebauung entsprechend steigt. Das sehen wir mit der sogenannten 10H-Regel gewährleistet: Hier beträgt der Abstand zur Wohnbebauung mindestens das Zehnfache der Gesamthöhe der Windkraftanlage.

Anteil der Steuern am Strompreis und Belastung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)

52 % des Strompreises sind Steuern, Abgaben und Umlagen



Das EEG macht 40 % der Steuern und Umlagen auf den Strompreis aus

Quelle: Monitoringbericht 2016 von Bundesnetzagentur und Bundeskartellamt

Mehr Informationen finden Sie auf fdp.de/denkenwirneu

DENKEN WIR NEU.